

Die Hand der SPD erst ergriffen, dann abgehackt

Vor 50 Jahren in Berlin: Die Zwangsvereinigung der Ost-SPD mit der KPD zur SED war kein Akt des freien Willens

Von SABINE LENNARTZ

„Der historische Handschlag zwischen Wilhelm Pieck (KPD) und Otto Grotewohl (SPD) besiegelte vor 50 Jahren, am 21. April 1946, die neue Einheitspartei SED im Osten Deutschlands und damit das Ende der Sozialdemokratie in der sowjetischen Zone. Die Kommunisten hatten sich die SPD einverleibt. „Die Hand der SPD wurde erst ergriffen, dann abgehackt“. Treffen der SPD-Politiker Egon Bahr kann man die Zwangsvereinigung der KPD und der SPD nicht beschreiben. Heute, 50 Jahre später, muß sich die SPD gegen eine ungewöhnliche Allianz von Konservativen und der SED-Nachfolgerin PDS wehren, die die „Zwangsvereinigung“ anzweifeln, den Zwang herunterspielen. „Ein unglaublicher Vorgang“, wie die große alte Dame der SPD, Annemarie Renger, damals Kurt Schumachers engste Vertraute, sagt.

Zur Aufarbeitung der sozialdemokratischen Geschichte gehört die Jahrhundert-Konfrontation zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie, im Gefolge auch die Auseinandersetzung mit der Nachfolgepartei der SED, der PDS. Die Politische Akademie in Tut-

Zu jener Zeit gab es in der KPD auch durchaus national-bolschewistische Züge. Sozialdemokratische Versammlungen Schumachers wurden auch von Kommunisten gestört.

Diese tiefen Gegensätze versuchte Schumacher erst in der

und KPD Hitler den Weg zur Macht erleichtert hatten.

In Wennigsen bei Hannover wurde die SPD neu gegründet. Zwei überregionale Zentren, Hannover und Berlin, kristallisierten sich heraus. In Hannover eröffnete das SPD-Büro mit gesamtdeutschem Anspruch, doch dieser Anspruch endete an der Demarkationslinie zur SBZ.

Die KPD hoffte unterdessen, im Osten zur dominierenden Kraft zu werden. Ab dem Herbst 1945 wuchs der Druck der Kommunisten. Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck wollten, wie Johannes Rau es heute ausdrückt, „die Gunst der Stunde nutzen und in der sowjetisch besetzten Zone eine schlagkräftige kommunistische Parteiorganisation aufbauen, in der Erwartung, die stärkste politische Kraft der deutschen Arbeiterbewegung zu werden.“

Doch die Erwartungen trugen: Die Sozialdemokraten hatten die breitere Basis, die KPD wurde durch ihre Nähe zur sowjetischen Militäradministration immer unbeliebter. Der Gleichschaltungsdruck der KPD wurde daraufhin immer stärker. Ulbricht drängte, Grotewohl wehrte zunächst ab. Doch bald wurde die SPD, wie Grotewohl sagte, von „russischen Bajonetten gekitzelt“.

Die SPD in der sowjetisch besetzten Zone brachte nicht mehr die Kraft auf, eine Urabstimmung durchzusetzen. „Wie sie ausgefallen wäre, war klar. Denn in West-Berlin kam sie am 31. März 1946 zustande: 82 Prozent lehnten ein Zusammengehen mit der KPD ab.“

Was dann am 20./21. April beim zonalen Parteitag in Berlin geschah, war voraussehbar: Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Mitglieder der beiden Parteien wurden einfach übernommen, wer austrat, geriet in Gefahr. Kurt Schumacher hatte richtig vorausgesehen, daß die KPD durch die Gründung der SED einen „großen Blutspender“, nämlich die SPD, suchte. Die weitere Geschichte ist bekannt. Die SED im Osten wurde 1948 nach dem Vorbild der KPdSU eine zentralistische und kommunistische Partei. Die Volkspartei SPD im Westen öffnete sich mit ihrem Godesberger Programm für breite Schichten der Bevölkerung.



Der Handschlag, der die Zwangsvereinigung besiegelte. Wilhelm Pieck, Vorsitzender der KPD (links) und Otto Grotewohl, Berliner Zentrallausschuß der SPD, reichen sich im Berliner Admiralspalast die Hand. Sie wurden gleichberechtigte Vorsitzende der SED. Walter Ulbricht (vorne rechts) brachte es nur zum Stellvertreter, gab in der Partei jedoch den Ton an.



Für ihn waren Kommunisten „rotlackierte Faschisten“: Kurt Schumacher wurde im Mai 1946 beim ersten Nachkriegsparteitag der SPD der Westzonen und West-Berlins in Hannover zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Foto: AKG

zing ging dieser Frage in Zusammenarbeit mit der Kurt-Schumacher-Gesellschaft

nach. Zum 50. Jahrestag der Zwangsvereinigung waren rund um Annemarie Renger, die Präsidentin der Kurt-Schumacher-Gesellschaft, auch einige Zeitzeugen versammelt. Zeugen des Drucks, Zeugen der Verfolgung und Repression der Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD.

Die Wurzeln der Trennung von Kommunisten und Sozialdemokraten reichen freilich viel weiter zurück. Wie der Historiker Volker Schober (Heidelberg) in Tutzing berichtete, hatte Kurt Schumacher einmal selbst das Jahr 1923 als das schwierigste bezeichnet. Der Widerstand gegen die NSDAP nahm die ganze Kraft Schumachers ein. Doch SPD und KPD kämpften nicht Seite an Seite.

Not zu überwinden. 1933 rief er auch KP-Arbeiter zur Hilfe im Widerstand gegen den Faschismus auf. Nicht zum Bruderkampf, sondern zum Klassenkampf. Doch der gemeinsame Widerstand scheiterte.

Unter den Nationalsozialisten hatten Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen zu leiden. Doch auch in der Verfolgung trennend war und blieb die Grundidee: Schumachers SPD wollte den Sozialismus in der Demokratie verwirklichen, für die Kommunisten heiligte der Zweck die Wege auch jenseits der Demokratie.

Nach dem Krieg fanden im Juni 1945 erste Gespräche zwischen der SPD und der KPD statt. Die Sozialdemokraten wollten die alten Feindseligkeiten begraben, auch aus der Einsicht heraus, daß die Feindschaft zwischen SPD

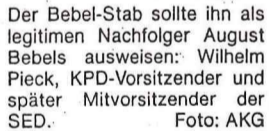
Daß die Diskussion über die Vereinigung der Sozialdemokraten und Kommunisten im Osten Deutschlands vor 50 Jahren heute über den reinen Gedenktag hinaus wieder in den Blickpunkt rückt, liegt an der aktuellen Frage des Umgangs mit der PDS.

Nach der deutschen Einheit sicherten die Kader der SED das Parteivermögen und den Machtanspruch. Die Gründung der PDS war der fast einmalige Vorgang, daß eine diktatorische Partei den ganzen eigenen Apparat über den Zusammenbruch des Systems hinaus retten kann.

Teile der SPD sind bereit, mit dem sozialdemokratischen Potential der PDS, also zum Beispiel mit Gysi, zusammenzuarbeiten. Doch ein „sozialdemokratisches Potential“ kann der Berliner Historiker Rainer Eckert in der PDS nicht erkennen. Der ostdeutsche SPD-Politiker Richard Schröder sieht es milder: Die PDS gefährde nicht die Demokratie, aber sie erschwere die Akzeptanz: „In der PDS sind sozusagen gelernte DDR Bürger ohne DDR.“

Die alten Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sind nicht verschwunden. Die PDS sei im Unterschied zur SPD nicht der Auffassung, daß sich soziale Gerechtigkeit innerhalb der bestehenden Gesellschaft herstellen lasse, warnt Hansjörg Geiger, der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Warum greift die SPD die PDS nicht genug an, fragt der brandenburgische SPD-Abgeordnete Stephan Hilsberg bei der Tagung in Tutzing: „Jede Form der Zusammenarbeit mit der PDS dient deren Etablierung, macht sie hoffähig und nützt nicht der SPD, sondern der PDS.“ Und Annemarie Renger schließlich meint: Es gibt kein linkes Lager, weil Weg und Ziel unterschiedlich sind.



Der Bebel-Stab sollte ihn als legitimen Nachfolger August Bebels ausweisen: Wilhelm Pieck, KPD-Vorsitzender und später Mitvorsitzender der SED. Foto: AKG

„Zur PDS nicht die geringste Nähe“

Die SPD-Politikerin Annemarie Renger über Lehren aus der Vergangenheit

Annemarie Renger, die 76jährige SPD-Politikerin und Ex-Bundestagspräsidentin, engste Vertraute des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, erinnert sich an die Zwangsvereinigung der KPD und Ost-SPD zur SED.

NRZ: Wie haben Sie vor 50 Jahren den 21. April, den Tag der Zwangsvereinigung, empfunden?

Renger: Ich hatte Kurt Schumacher zu den Versammlungen begleitet, die den Widerstand gegen diese Zwangsvereinigung und die ersten freien Wahlen im West-Berlin im Oktober vorbereiteten. Dominierend war das Gefühl, daß sich die West-Berliner SPD gegen diesen Machtanspruch erhoben hatte und erfolgreich war. In der Urabstimmung sprachen sich 82,5 Prozent gegen die Zwangsvereinigung aus. Das war ein Sieg über die Grotewohl-Gruppe.

NRZ: Erinnern Sie sich an die Reaktion von Schumacher, als die Zwangsvereinigung besiegelt war?

Renger: Die eigentlichen Auseinandersetzungen waren vorher gelaufen. In Wennigsen war im Oktober 1945 die entscheidende Sitzung, nach der Schumacher schon davon ausging, daß Grotewohl sein Versprechen nicht einhalten würde, eher die Partei aufzulösen als der Zwangsvereinigung zuzustimmen. Denn Schumacher hat ihn für zu schwach gehalten, zu widerstehen.

NRZ: Hat er Grotewohl verachtet?

Renger: Dazu reichte es nicht. NRZ: Hatte er Mitleid? Renger: Nein. Schumachers

Forderung, die Partei aufzulösen, sollte eine Sicherheit für die Mitglieder und Funktionäre der SPD sein. Jedem war doch klar, daß nach der Zwangsvereinigung die Parteilisten offenliegen würden und der sowjetischen Militärregierung den Zugriff ermöglichen.

NRZ: NRZ: Hat Schumacher geglaubt, dieser Schritt wird die Teilung Deutschlands vertiefen? Renger: Nein. NRZ: Hatte er die Hoffnung, daß die Teilung eines Tages überwunden wird? Renger: Selbstverständlich. Schumacher ordnete die ganze Westpolitik immer der Zielvorstellung unter, nichts zu tun, was die Wiedervereinigung unmöglich macht.

NRZ: Welche Lehren sollte die SPD aus der Zwangsvereinigung ziehen, etwa im Umgang mit der SED-Nachfolgerin PDS? Renger: Ich verstehe die ganze Diskussion um die PDS nicht. Wir Sozialdemokraten sind diejenigen, die am allerwenigsten eine Nähe zur PDS haben – wegen ihrer Verknüpfung mit der ehemaligen SED. Die PDS hat bisher keine Erklärung, geschweige denn ein Schuldbekenntnis abgegeben. Auch ihr Verhältnis zum Grundgesetz ist nicht eindeutig. Solange das so ist, gibt es keine Plattform, mit der PDS irgendeine Nähe zu gewinnen. Die SPD bleibt der größte Gegner der PDS.



Annemarie Renger mit Kurt Schumacher im Wahlkampf 1949. Foto: dpa

Als Sozialdemokrat über sieben Jahre in Bautzen

Gegner der Kommunisten landeten im Gefängnis – SED schloß Horst Kunze wegen „Schumacher-Tätigkeit“ aus

Die genauen Zahlen kennt niemand: 1971 schätzte die Kurt-Schumacher-Gesellschaft, daß nach der Zwangsvereinigung rund 400 Sozialdemokraten in der Haft starben, 5000 von ostdeutschen und sowjetischen Gerichten verurteilt wurden und 20 000 ihren Arbeitsplatz verloren. Nach der Öffnung der

NRZ: Sie sind ein Zeitzeuge, ein Opfer der Zwangsvereinigung.

Kunze: Ich bin nicht nur Opfer, ich bin auch Täter. Ich bin ja nicht schuldlos verurteilt worden, sondern habe tatsächlich etwas getan. Wir, einige Zwickauer Sozialdemokraten, haben illegal gearbeitet, weil wir mit der Zwangsvereinigung zur SED unzufrieden waren und schon in den ersten Monaten gesehen haben, wo der Hase hinläuft: In Richtung einer leninistischen Partei.

NRZ: Was haben sie getan? Kunze: Wir, außer mir meist ältere Sozialdemokraten, die schon Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus hatten und in Zwickau hohe Positionen bekleideten, haben uns als Gleichgesinnte zusammengetan. Entscheidend war

für uns auch das Unrecht, das die Anwesenheit der Besatzungsmacht mit sich brachte. Ich war damals bei der Kriminalpolizei und hatte einen guten Einblick.

NRZ: Worin bestand Ihre illegale Tätigkeit?

Kunze: Wir haben von uns aus Verbindungen zum Ost-Büro der SPD in Berlin und zur SPD in Hannover hergestellt. Wir haben als Kurier gearbeitet.

NRZ: Wann fielen sie auf?

Kunze: Die ganze Sache ist im Dezember 1948 aufgefliegen. Wir hatten einen Verräter in den eigenen Reihen. In der Nacht vom 20. zum 21. Dezember sind wir verhaftet worden. Wir waren sieben Mann. Zwei waren alt und gebrechlich, sie blieben von der Haft verschont. Das Urteil kam

SED-Archive müssen diese Zahlen wohl eher noch nach oben korrigiert werden. Eines der sozialdemokratischen Opfer, die in der Politischen Akademie Tutzing an einer Tagung über Kommunismus und Sozialdemokratie teilnahmen, ist der heute 71jährige Horst Kunze.

1950 nach 13 Monaten Untersuchungshaft vor dem sowjetischen Militärtribunal in Dresden. Wegen wirtschaftlicher, militärischer und politischer Spionage sowie antisowjetischer Propaganda und Netzarbeit wurde ich zu 25 Jahren Haft verurteilt. Von diesen 25 Jahren habe ich siebeneinhalb Jahre in Bautzen verbüßt.

NRZ: Waren Sie dort mit Ihren Feinden zusammen?

Kunze: Ja, zum Teil. In Bautzen waren politische Häftlinge aller Richtungen, auch aus der CDU, vor allem aber aus der LDPD, und aus kirchlichen Gruppen.

NRZ: Wann sind sie aus der SED ausgeschlossen worden? Kunze: Als ich 1956 aus der Haft entlassen wurde, fand ich zu Hause ein Schreiben der SED Zwickau, das zwei Mona-

te nach meiner Verhaftung datiert war. Da stand drin, daß ich von einer Kreisdelegiertenkonferenz wegen „Schumacher-Tätigkeit“ aus der Partei ausgeschlossen worden sei.

NRZ: Wie sind sie überhaupt in die SED gekommen? Warden Sie nach der Zwangsvereinigung gefragt?

Kunze: Nein, das lief automatisch. Wer Mitglied in der KPD oder der SPD war, wurde zum Zeitpunkt der Vereinigung ohne besondere Befragung oder Willensäußerung einfach in die SED übernommen.

Übrigens: Horst Kunze wurde am 20. Mai 1995 von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation in Moskau als Opfer politischer Repressionen rehabilitiert.



Horst Kunze NRZ-Foto: Sabine Lennartz